Nein zu Krieg und globaler Konfrontation!

von Alexander Charlamenko

(Beitrag für den Kanal „Europa für Kuba“, am 24.12. 2025)

Das Jahr 2025, das letzte Jahr des ersten Viertels des 21. Jahrhunderts, neigt sich dem Ende zu. Noch nie zuvor sah sich die internationale Rechtsordnung, die vor 80 Jahren mit dem Sieg über den Faschismus ins Leben gerufen und in der Charta der Vereinten Nationen verankert wurde, einer so zynischen Herausforderung durch die Kräfte der imperialistischen Konterrevolution und Reaktion gegenüber. Faschistische Kreise in den USA und anderen NATO-Ländern versuchen, die Welt in die Zeiten imperialistischer Herrschaft und Willkür zurückzuversetzen, den Völkern die sozialen und demokratischen Errungenschaften eines ganzen Jahrhunderts zu nehmen, ohne Rücksicht auf die Gefahr für das Leben auf der Erde selbst.

In den letzten Jahrzehnten stießen soziale Revanche und imperialistische Expansion auf hartnäckigen Widerstand der progressiven Kräfte Lateinamerikas. Kuba verteidigt heldenhaft seine Souveränität und seine sozialistischen Ideen. An seiner Seite erhob sich die bolivarische und chavistische Revolution Venezuelas. Den Lateinamerikanern gelang es, den imperialistischen Plan ALCA zu durchkreuzen, dafür ein System regionaler Organisationen (ALBA, CELAC, MERCOSUR) zu bilden und die Region zur Friedenszone zu erklären.

In den letzten Jahren gelang es der imperialistischen Reaktion allerdings, zum Gegenangriff überzugehen, indem sie die anhaltende wirtschaftliche Abhängigkeit Lateinamerikas von den USA, die Verflechtung der lokalen Oligarchie mit transnationalem Kapital, die Verbindungen des Pentagons zu lateinamerikanischen Militärs, Widersprüche innerhalb der Bevölkerungen und Spaltungen der linken Kräfte ausnutzte. Die ultrarechte US-Administration hat sich offen zum Ziel gesetzt, die patriotischen Kräfte Lateinamerikas zu zerschlagen. Das neue „Nationale Sicherheitskonzept der USA” bezieht sich direkt auf die 200 Jahre alte „Monroe-Doktrin” und stellt sich die Unterwerfung der gesamten westlichen Hemisphäre als Ziel.

Im Jahr 2025 gelang es rechtsextremen Kreisen der Oligarchie mit direkter Unterstützung Washingtons, Wahlen in Argentinien, Bolivien, Ecuador und Chile zu gewinnen und auf Machtergreifung in Peru und Honduras zu setzen. Sie treiben arbeiterfeindliche und unsoziale Gesetze voran, unterdrücken massiv Massenproteste und verfolgen Führer des Volkes mit Hilfe einer korrupten Justiz. Der Druck von rechts auf die Regierungen Mexikos, Uruguays und vor allem Kolumbiens und Brasiliens, wo 2026 Wahlen anstehen, nimmt weiter zu. Unsere Genossen in diesen Ländern setzen ihren schwierigen Kampf fort und erzielen Erfolge, wie beim Referendum in Ecuador, befinden sich aber bisher mehrheitlich in der Defensive.

Wie nie zuvor zeichnen sich die reaktionären Regimes der neuen Generation durch ihre direkte wirtschaftliche und militärisch-politische Unterordnung unter den US-Imperialismus aus. So wurden Argentinien, Ecuador, Peru, Paraguay, Panama und der Dominikanischen Republik Abkommen mit den USA über „Freihandel“ und Stationierung amerikanischer Truppen aufgezwungen. Washington nutzt die Ressourcen und die strategische Lage dieser Länder für die Verschärfung der Blockade Kubas und die Vorbereitung einer Intervention gegen Venezuela.

Am 1. Januar begehen die Kubaner und ihre Freunde den 67. Jahrestag des Sieges der kubanischen Revolution. Das neue Jahr 2026 – das Jahr des hundertsten Geburtstags von Fidel Castro – beginnt für die Insel der Freiheit in einer der schwierigsten Phasen ihrer Geschichte. Auf der 11. Plenarsitzung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kubas am 13. Dezember betonte der Erste Sekretär der Partei und Präsident Miguel Díaz-Canel: „Der Kampf ist hart, langwierig und ungleich." Die letzten Monate waren geprägt von „der größten finanziellen, erdölpolitischen und sonstigen Verfolgung Kubas" durch diejenigen, die der Präsident als „Vertreter des Faschismus des 21. Jahrhunderts" bezeichnete. Er sprach offen von einer „zweifellos kritischen" wirtschaftlichen Lage. Das BIP ist um 4 % geschrumpft, die Stromerzeugung ist auf ein kritisches Niveau gesunken, Stromausfälle sind häufiger geworden, die Lebensmittelproduktion deckt den Bedarf der normierten Verteilung nicht mehr, die Inflation steigt. Die Lage wird durch die Folgen des Hurrikans „Melissa" und den Ausbruch der Chikungunya-Infektion noch verschärft. All dies wurde auf der Plenarsitzung des Zentralkomitees angesprochen.

Wie Diaz-Canel betonte, versuchen „der historische Feind der kubanischen Nation und die Erben der sogenannten Verbannten, die sich an der Industrie der Konterrevolution bereichert haben und nie aufgehört haben, von einem anderen Kuba zu träumen – einem unterworfenen und abhängigen Kuba als einem weiteren Stern auf der amerikanischen Flagge" – von der Situation zu profitieren.

Genosse Díaz-Canel rief die Kommunisten und alle Landsleute zu Standhaftigkeit und Optimismus auf. Auf die „klassisch leninsche Frage ‚Was tun?'" antwortete Díaz-Canel: „Handeln, indem wir unsere Kräfte und Talente mit klaren Zielen mobilisieren und die Interessen und Anforderungen des Landes mit der maximalen Nutzung der geringen Ressourcen, über die wir verfügen, verbinden."

Vorrangig werde die Produktion von Nahrungsmitteln und Strom, vor allem aus erneuerbaren Energien – Solar-, Wind- und Bioenergie sichergestellt. Die entscheidende Rolle der sozialistischen Staatsunternehmen wurde bestätigt; ihre wirtschaftliche Autonomie wird erweitert, aber auch ihre Verantwortung für die Ergebnisse erhöht. In Bezug auf die Sozialpolitik betonte Díaz-Canel: „Ohne soziale Gerechtigkeit gibt es keine Revolution. Wir bekräftigen, dass trotz aller Einschränkungen Gesundheitsversorgung und Bildung für alle kostenlos und qualitativ hochwertig bleiben werden."

Besondere Bedeutung wird der Beschäftigung junger Menschen und ihrer Beteiligung an allen Bereichen des Lebens des Landes beigemessen. Es wurde betont, dass es notwendig sei, den ideologischen, kulturellen und Informationskampf zu verstärken und die Wahrheit über Kuba gegen Manipulation und Desinformation zu verteidigen. In der Parteiarbeit liegt der Schwerpunkt auf der Festigung der Einheit der Kommunisten, auf der Entwicklung von Kritik und Selbstkritik sowie der Stärkung der Verbindung der Partei zum Volk. Auf Vorschlag von Raúl Castro wurde beschlossen, den für April 2026 geplanten Parteitag zu verschieben, um alle Ressourcen des Landes, die Anstrengungen und die Energie der Mitarbeiter auf die Lösung aktueller Probleme zu konzentrieren.

In den Dokumenten des Plenums heißt es, dass die genozidale Blockade weiterhin verurteilt und die internationale Solidarität mit Kuba ausgebaut werden muss. Es wurde auch über die Notwendigkeit gesprochen, „aktiv an der Diversifizierung der Handels- und

Wirtschaftsbeziehungen und Stärkung der Integration der Brudernationen Lateinamerikas und der Karibik zu arbeiten, die heute einer starken Aggressionsgefahr ausgesetzt sind". Die Bedeutung dieser Arbeit nehme angesichts der Forderungen der USA an die lateinamerikanischen Länder zu, ihre Zusammenarbeit mit Havanna zu „überdenken". Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum erklärte bereits, dass sie die traditionellen Beziehungen zu Kuba als souveränes Recht der Nation aufrechterhalten werde.

Am 16. Dezember kündigte der US-Präsident eine „totale und vollständige Blockade" aller Öltanker an, die nach Venezuela oder aus Venezuela fahren. Seiner Aussage zufolge sei „Venezuela vollständig von der größten Flotte umzingelt, die jemals in der Geschichte Südamerikas zusammengestellt wurde". Am 10. bzw. 20. Dezember wurden zwei Schiffe mit venezolanischem Öl von der US-Marine gekapert, ein drittes wurde laut Trump verfolgt. Trump hielt eine Militäroperation gegen Venezuela für „nicht auszuschließen" und stufte dessen Regierung als „ausländische Terrororganisation" ein.

Es scheint, dass für die USA inzwischen das Motto des „Kampfes gegen den Narko-Terror" in den Hintergrund getreten ist. Am 16. Dezember behauptete Trump, Venezuela habe den USA ihr Öl, ihr Land und andere Vermögenswerte „gestohlen", und versprach, die Blockade solange fortzusetzen, bis Venezuela all dies zurückgegeben habe. Laut Präsident Maduro „ist die Maske gefallen: Drogenhandel ist nichts weiter als ein Fake, sie wollen einfach nur das Erdöl an sich reißen".

Das erinnert mich an die Worte W. I. Lenins, als er namentlich von amerikanischen Interventen sprach: „Wir haben es hier mit völlig nacktem Imperialismus zu tun, der sich nicht einmal mehr Mühe gibt, sich zu verhüllen, weil er glaubt, dass er so, wie er ist, großartig ist."

Wie die meisten der Erdölförderländer hatte Venezuela bereits 1976 seine Erdölindustrie verstaatlicht, dabei aber die Zusammenarbeit mit ausländischen Unternehmen fortgesetzt. Die Regierung von Hugo Chávez überarbeitete Verträge mit ihnen zugunsten seines Landes; die überwiegende Mehrheit der Firmen akzeptierte die neuen Bedingungen, nur zwei entschieden sich für den Ausstieg. Nunmehr begann Venezuela, die Folgen der Wirtschaftsblockade der USA zu überwinden und seine Erdöl- und Erdgasindustrie wieder aufzubauen. Die staatliche Erdölgesellschaft Petróleos de Venezuela S.A. (PDVSA) gab bekannt, dass sie bis 2025 die geplante Fördermenge von 1 200 000 Barrel erreichen werde. Der ALBA-Block setzte sich zum Ziel, das PETROCARIBE-Programm zu aktivieren, in dessen Rahmen venezolanisches Erdöl nach Kuba, Nicaragua und andere Länder geliefert wurde. Den Aggressoren bleibt nichts anderes übrig, als die weltweit größten Vorkommen an schwarzem Gold zu erobern und in einer ersten Phase - dessen Export zu unterbinden.

Die bolivarische Regierung Venezuelas hat Trumps Äußerungen zu Recht als „interventionistisch und kolonialistisch" zurückgewiesen. In einer Regierungserklärung wird betont: „Venezuela bekräftigt in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht, unserer Verfassung und den Gesetzen der Republik seine Souveränität über alle seine natürlichen Ressourcen sowie sein Recht auf freie Schifffahrt und freien Handel in der Karibik und den Weltmeeren." Die Beschlagnahmung von Tankern wird mit Piraterie gleichgesetzt. Venezuela forderte die Einberufung des UN-Sicherheitsrates, um die Aggression der USA und Maßnahmen zur Wiederherstellung der internationalen Legalität zu diskutieren.

Am 22. Dezember wandte sich Präsident Nicolás Maduro an die Staats- und Regierungschefs aller 194 UN-Mitgliedstaaten mit dem Aufruf, gemeinsam der militärischen Bedrohung und Aktionen von Piraterie durch die USA Einhalt zu gebieten. Der Präsident bekräftigte, dass Venezuela dem Frieden verpflichtet sei, aber bereit sei, seine Souveränität, territoriale Integrität und Ressourcen im Einklang mit dem Völkerrecht zu verteidigen.

In der Erklärung der ALBA werden die Piraterie der USA in internationalen Gewässern als neokolonialistische Aggression, als Aneignung der natürlichen Ressourcen eines souveränen Landes und als Angriff auf das gesamte System des Völkerrechts und der friedlichen Koexistenz der Staaten verurteilt. Es wird „volle und aktive Solidarität" mit dem Volk und der Regierung Venezuelas bekundet.

Der kubanische Präsident M. Díaz-Canel und sein Außenminister Bruno Rodríguez bekundeten ihre uneingeschränkte Unterstützung für Nicolás Maduro und die Position der venezolanischen Regierung. Die Kommunistische Partei Kubas verurteilt in einer offiziellen Erklärung „auf das Schärfste die Eskalation der Aggression der faschistischen Regierung der Vereinigten Staaten gegen die brüderliche Bolivarische Republik Venezuela und ihren rechtmäßigen Präsidenten Nicolás Maduro Moros". Die KP Kubas bekräftigt ihre solidarische Unterstützung für die Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas. Die kubanischen Kommunisten riefen linke und progressive Parteien, soziale Bewegungen und politische Kräfte dazu auf, sich zu mobilisieren und ihre Stimmen zu vereinen, um die Aggression der USA gegen Venezuela anzuprangern und deren Beendigung zu fordern.

Die aggressiven Handlungen der USA gegen Venezuela stoßen auch bei anderen Regierungen, die ihre Souveränität schätzen, auf Ablehnung. Die Führung Nicaraguas bekräftigt im Namen des Volkes von Sandino ihre unveränderte Solidarität mit dem Volk von Bolívar und Chávez. Die mexikanische Präsidentin Claudia Sheinbaum erklärte, dass sie gemäß der Verfassung gegen jegliche Intervention sei und forderte andere Länder auf, sich ihr anzuschließen. Nach Ansicht des kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro könnten die Lateinamerikaner als Antwort auf den Vorwurf Venezuelas, die USA hätten ihre Ressourcen „gestohlen", daran erinnern, dass die Vereinigten Staaten ein Drittel ihres heutigen Territoriums annektiert hätten, als sie es einst Mexiko entrissen.

Nur rechtsextreme Politiker wie der argentinische Präsident Javier Milei und der designierte chilenische Präsident José Antonio Kast rechtfertigen das aggressive Vorgehen Washingtons. Mileis Position wurde vom brasilianischen Präsidenten L.I. Lula da Silva kritisiert. Er warnte, dass eine Intervention gegen Venezuela „eine humanitäre Katastrophe für die Hemisphäre und einen gefährlichen Präzedenzfall für die Welt" darstellen würde.

Das russische Außenministerium veröffentlichte am 18. Dezember eine Erklärung, in der es die Verhängung einer Seeblockade und andere Aggressionen verurteilte und warnte, dass die Eskalation der Spannungen um das uns freundlich gesinnte Venezuela die regionale Stabilität und den internationalen Seeverkehr gefährde.

Das russische Außenministerium betonte, dass Lateinamerika und der Karibikraum eine Zone des Friedens bleiben müssen, und forderte die US-Regierung auf, „einen fatalen Fehler mit unvorhersehbaren Folgen zu vermeiden". In der Erklärung wird die Solidarität mit dem venezolanischen Volk und die Unterstützung der Politik der Regierung Maduro zum Schutz der nationalen Interessen und der Souveränität des Landes bekräftigt.

Am 22. Dezember fand ein Telefongespräch zwischen den Außenministern Russlands und Venezuelas statt. Nach Angaben des venezolanischen Außenministers I. Hilal wurden die Beziehungen der Brüderlichkeit, des Respekts und der strategischen Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern bekräftigt. S. Lawrow erklärte, dass Russland Venezuela im Kampf gegen die Blockade, unter anderem im UN-Sicherheitsrat, die notwendige Unterstützung gewähren werde. China, Iran und sogar die Türkei, die Mitglied der NATO ist, verurteilten die Aggression und bekundeten ihre Unterstützung für Venezuela.

In vielen Ländern der Welt, darunter auch in den USA, finden Protestkundgebungen unter dem Motto „Nein zum Krieg“ statt. Es ist wichtig, dass allen klar wird: Nicht nur Kuba und Venezuela sind bedroht. In der Botschaft von Präsident Maduro wird zu Recht betont, dass Toleranz gegenüber einseitiger Gewaltanwendung, Piraterie und Plünderung von Ressourcen souveräner Staaten die Menschheit mit einer „globalen Konfrontation mit unvorhersehbaren Folgen” bedroht.

Wünschen wir unseren Freunden und uns selbst, dass wir keine Mühen scheuen werden, um für den Frieden und die Freiheit der Völker einzutreten.

Möge das neue Jahr 2026 besser werden als das alte.

Sie werden nicht durchkommen!

Vaterland oder Tod!

Sozialismus oder Tod!

Wir werden leben und siegen!